Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.50 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 463. Halle, Freitag, den 3. Oktober. 1919.

Die Berliner Vorgänge.

Vereinzeltes Blutvergießen. — Tote und Verwundete. — Zahlreiche Verhaftungen. — Kommunistische Hetze.

Kommunistische Hetze zum Bürgerkrieg.

WTB. Berlin, 2. Oktober. (Drahtnachricht.) Bei den Straßenansammlungen, die sich heute im Verlauf der Arbeiterversammlungen bildeten, wurde ein vom kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des Proletariats herausgegebenes Blatt vertrieben, in dem die Arbeiterschaft zu blutigem Bürgerkrieg aufgefordert wird. Es wird dadurch bewiesen, daß es sich bei der jetzigen Streikbewegung nur um eine Maskierung der kommunistischen Ziele handelt.

Blutige Zusammenstöße in Berlin.

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der heutige Tag ist, von einem blutigen Zusammenstoß in der Müllerstraße abgesehen, im großen und ganzen ruhig verlaufen. Den Aufforderungen der Sicherheitspolizei an die Demonstranten, die Versammlungslokale zu räumen und in Ruhe auseinanderzugehen, ist fast überall Folge gegeben worden. Dies ist zum größten Teil der ruhigen besonnenen Haltung der Sicherheitspolizei zu danken, die auch in kritischen Momenten den Kopf nicht verlor und ihrem Willen Nachdruck zu geben verstand.

Ueber die Vorgänge am heutigen Tage liegen von verschiedenen Seiten folgende Nachrichten vor: Im Laufe des heutigen Vormittags fanden im Anschluß an die aufgelösten Versammlungen

verschiedene Umzüge

statt, so in Charlottenburg vom Volkshaus aus, im Tiergarten, dann vom Rathaus in Köpenick aus. Besonders zahlreich war die Beteiligung an den Umzügen im Norden und Osten der Stadt. Zu

Zusammenstößen

kam es während der Demonstrationen am Schillerpark im Wedding und am Vormittag beim Bahnhof Jungfernheide. Die Sicherheitspolizei hat bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen, um Zusammenrottungen zu zerstreuen. Wieweit die Demonstrationen mit dem Metallarbeiterstreik in Verbindung stehen, läßt sich bisher nicht übersehen, doch wird an den zuständigen Stellen der Meinung Ausdruck gegeben, daß sich noch im Laufe des heutigen Tages ein Ueberblick darüber gewinnen lassen wird, inwieweit die heutigen Demonstrationen

politischen Charakter

tragen. Trotzdem es der Sicherheitspolizei bisher in mustergültiger Weise gelungen ist, die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten, hat sich die Regierung dennoch veranlaßt gesehen, die

Reichswehrtruppen in Alarmbereitschaft

zu halten, um auch mit stärkeren Truppenmassen eingreifen zu können. Diese Alarmbereitschaft ist sehr notwendig, da man über die Pläne der Kommunisten nicht genau informiert ist und Gerüchte im Umlauf sind, daß die Kommunisten den heutigen Tag zu großen Demonstrationen benutzen wollen. Wie die Sicherheitspolizei mitteilt, mußten während der heutigen Demonstrationen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Es wurden größtenteils Personen verhaftet, die die Menge gegen die Polizei aufzuhetzen versuchten.

Besonders stark besucht war die Versammlung im Treptower Park. Dort hatten sich etwa 5000 Personen eingefunden. In der Mittagsstunde wurde der Sicherheitspolizei gemeldet, daß

am Bahnhof Jungfernheide Zusammenrottungen

beginnen. Diese Meldung erwies sich jedoch als unwahr und als blinder Alarm, da dort lediglich zahlreiche Arbeiter zur Abholung der Löhne an ihren Lohnstätten erschienen waren.

Der blutige Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Mannschaften der Sicherheitswehr, der heute Vormittag nach Auflösung der verbotenen Versammlung in den Pharussälen in der Müllerstraße stattfand, wird von einem Augenzeugen folgendermaßen geschildert:

Die Versammlung in den Pharussälen war so stark besucht, daß nicht nur im Saal, sondern auch im Garten dieses Restaurants Ansprachen gehalten werden mußten. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer ist auf ungefähr 4000 zu schätzen. Vor Beginn der Versammlung erschien eine Abteilung Sicherheitswehr im Garten unter der Führung eines Leutnants, der die Versammlungsteilnehmer aufforderte, auseinanderzugehen. Die Leute leisteten auch keinen Widerstand und folgten diesem Befehl ruhig. Infolge der Räumung des Gartens entfernten sich auch die Leute, die sich im Saale befanden, ohne die Aufforderung abzuwarten. Die Sicherheitsmannschaften wollten nun die drei Versammlungsleiter nach dem Polizeirevier in der Luxemburger Straße bringen, während ein anderer Trupp gleichzeitig hindern wollte, daß sich ein Demonstrationszug nach dem Stadtinnern bildete. Die Volksmenge, die sich inzwischen in der Müllerstraße versammelt hatte, wurde daraufhin aufgefordert, sich zurückzuziehen. Die Sicherheitsmannschaften sperrten die Straße ab. Die Zahl der Mannschaften war jedoch nur gering, und es gelang einigen Zivilisten, die Sperre zu durchbrechen und sich im Rücken der Sicherheitstruppen zu sammeln. Dadurch kamen diese in eine

äußerst bedenkliche Lage

und wollten nun so schnell wie möglich die drei festgenommenen Versammlungsleiter, die sich noch unter Bewachung in den Pharussälen befanden, nach dem Polizeirevier in der Luxemburger Straße bringen. Auf dem Wege dorthin wurden sie von der Menge, die starken Zuzug erhielt, beschimpft, sowie

mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen.

Es gelang jedoch den Sicherheitsmannschaften, die Festgenommenen zum Polizeirevier zu bringen. Vor dem Hause staute sich bald die Menge und machte Miene, das Polizeirevier zu stürmen. Der Offizier, der die Leitung der Sicherheitsmannschaften hatte, forderte die Leute darauf dreimal auf, auseinanderzugehen. Als dieser Aufforderung keine Folge gegeben wurde, gab er den

Befehl zum Feuern.

Dabei wurden mehrere Personen verwundet und ein Mann durch Kopfschuß getötet. Die Zahl der Verwundeten wird auf ungefähr 10 angegeben. Die Stimmung in dieser Gegend ist zur Stunde im allgemeinen ruhig, doch bildeten sich im Laufe des Tages kleinere Gruppen, die die Vorfälle erregt besprachen. Die Sicherheitswehr hat Verstärkungen erhalten.

Die amtliche Meldung.

WTB. Berlin, 2. Oktober. (Drahtnachricht.) Amtlich. Ueber die Verhinderung der auf heute vormittag einberufenen Versammlungen der Industriearbeiter Großberlins wird gemeldet: Die Versammlungsauflösung und Zerstreuung der Versammelten erfolgte im allgemeinen ohne Zwischenfall. Nur am Schillerplatz wurde die Sicherheitspolizei von der erregten Menge tätlich angegriffen. Bei der Abwehr wurden einige der Angreifenden durch Schüsse verwundet. Ein Toter wurde festgestellt. Gegenwärtig herrscht in Berlin Ruhe.

17 Funktionäre der Metallarbeiter verhaftet.

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die Leitung des Metallarbeiterverbandes mitteilt, sind bis jetzt 17 ihrer Funktionäre in den Versammlungen verhaftet worden. Die Leitung des Verbandes steht auf dem Standpunkt, daß diese Verhaftungen ungesetzlich seien. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes, der sich augenblicklich in Stuttgart befindet, hat beim Ministerpräsidenten Bauer und beim Polizeipräsidenten Ernst telegraphisch Protest gegen diese Verhaftungen eingelegt. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission hat dem Polizeipräsidenten ein Protestschreiben gesandt. Nach weiterer Mitteilung des Metallarbeiterverbandes werden sich sämtliche Gewerkschaften mit der augenblicklichen Lage beschäftigen und geeignete Mittel erwägen, um ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen.

Auch ein unabhängiger Abgeordneter verhaftet.

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung teilte in seiner Rede der frühere Staatssekretär Wurm (U. S. P. D.) mit, daß ein Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Brühl, heute in einer Versammlung der Metallarbeiter verhaftet wurde.

Italiens Antwort an die Entente.

Basel, 2. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Pariser Blätter melden: Die italienische Antwort auf die Forderung der Alliierten nach Räumung Fiumes durch d'Annunzio ist in Paris eingetroffen. Die italienische Regierung hat darin die Forderung der Alliierten nicht abgelehnt, erklärt aber die Unmöglichkeit, das Verlangen der Alliierten gegen den übereinstimmenden Willen des italienischen Volkes durchzuführen.

Die Südslaven mobilisieren.

Eine Republik Benedig.

WTB. Versailles, 2. Okt. (Drahtnachricht.) Chicago Tribune meldet aus Fiume: Die südslavische Regierung hat beschlossen, die Jahresklassen 1880 bis 1896 zu mobilisieren. Nach der gleichen Zeitung soll d'Annunzio die Absicht haben, die Republik Venedig auszurufen, wenn die italienische Regierung fortfahre, ihn zu desavouieren. Nach dem gleichen Blatte unterstützen die italienischen Kolonien in Nordamerika und Brasilien d'Annunzio. Erstere sollen zu seinen Gunsten 400 000, die Italiener von Brasilien 100 000 Dollar gesammelt haben.

Weitere Handstreiche d'Annunzios.

Bern, 2. Oktober. (Drahtnachricht.) Seit den Verschärfungen der Absperrungsmaßnahmen gegen Fiume werden jetzt die ersten Nachrichten über die Mißstände in der Stadt bekannt. Nach der Einstellung der Schiffahrt nimmt die Arbeitslosigkeit und die Teuerung in der Stadt zu. Lebensmittel und Brennstoffe werden immer knapper. D'Annunzio hat dem Berichterstatter des „Corriere della Sera" Mitteilung über weitere Handstreiche in Dalmatien gemacht. Der Diktator hofft, daß sein Vorgehen zur Wiederaufnahme der ganzen Adriafrage führen werde.

Unser U-Bootsbau während des Krieges.

Von Dr. med. Struve-Kiel.

Mitglied der verfassungsgebenden Landesversammlung.

Tirpitz sucht sich vergeblich in seinen „Erinnerungen" zu entlasten. Es bleibt dabei: Das Reichsmarineamt hat während des Krieges wie vor dem Kriege beim U-Bootsbau völlig versagt. Nur der Reichskanzler konnte noch helfen. Bethmann Hollweg hat zu helfen versucht. Die bis dahin größte Bestellung von U-Booten — 98 U-Boote Juni 1917 — ist von ihnen veranlaßt worden: politische Direktiven bezüglich des U-Bootsbaues hatte Capelle, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, vom Herrn Reichskanzler bekommen. Bethmann ging, es kam Michaelis. Und die Vertagung des Reichstages.

Alle Mühe haben wir angewandt, um über den Stand des U-Bootsbaues, über die Leistungsfähigkeit unserer Industrie und unserer Werften einwandfreies Material zu bekommen. Doppeltes und dreifaches Geheimnis war ja um die U-Boote gewoben; auch die Herren der Front selbst wußten nicht Bescheid: auch bei denen hatten die märchenhaften Zahlen, die seit 1914 immer wieder genannt wurden, gewirkt.

Aber es gelang. Ich habe schon früher hervorgehoben: wir konnten viel mehr im U-Bootsbau leisten, wenn wir richtig bestellten. Die Zahl der Bautypen mußte im allgemeinen und besonders für die einzelne Werft eingeschränkt werden. Es war technisch nicht zu verantworten, daß z. B. die Germania-Werft Kiel nicht weniger als neun verschiedene Typen, die Aktiengesellschaft Weser deren acht zu gleicher Zeit im Bau hatte, während auf der anderen Seite Schichau an zweieinzelnen Booten sich abmühte.

Daß der Serienbau am schnellsten die meisten U-Boote liefern würde, lag auf der flachen Hand. Die Werften hatten ihn seit Jahr und Tag gefordert. Die Germaniawerft hatte die U-Boote 81 bis 86 zu bauen; sie brauchte für das erste Boot 14 Monate, für die übrigen nur acht Monate; sie konnte alle 14 Tage eines dieser U-Boote abliefern. Bloehm u. Voß haben die Boote UC 65 bis 73 geliefert. Das erste Boot erforderte 11 Monate Bauzeit, die übrigen Boote sind in durchschnittlich sechstägigem Abstand gefolgt. Neun Boote z. B. vom 7. November bis zum 24. Dezember 1916! Eine geradezu glänzende Leistung, rühmend für Werft und Arbeiterschaft. Bei gut organisiertem Serienbau hätte allein dies Werk 60 U-Boote in einem Jahre herstellen können.

Aber die Motorenfabriken? Durch die Oeffentlichkeit ging der Einwand, der mir in einem der wiederholten Zusammenstöße im Hauptausschuß von einem der Nachgeordneten des Staatssekretärs gemacht wurde: ich hätte vielleicht recht mit der Baukraft der Werften, aber die deutsche Motorenindustrie sei nicht so leistungsfähig, das übersähe ich nicht, daher fielen meine Vorwürfe in ein tatsächliches Nichts zusammen.

Die fielen denn auch glücklich für diesen Tag und für die Debatte im Hauptausschuß. Aber es kam, wie der bayerische Abgeordnete Kerschensteiner es sofort sagte: Die München-Augsburger Maschinenfabrik läßt diesen Vorwurf keine vier Wochen auf sich sitzen.

In einer Eingabe von ihr wurde dem Reichsmarineamt glatt und nett vorgeredet, daß „bei einer Kontinuität der Bestellungen die Marine Motore für 200 U-Boote hätte mehr haben können und daß mit ihnen der Krieg längst beendet worden wäre."

Kurz und gut, ich hatte durchschlagendes Material, handgreifliche Beweise. Es fehlte nur der Kanzler! Ich sah und hörte ihn, den Herrn Michaelis, wie er am ersten Tage der Hauptausschußsitzung im August 1917 über unsere sogenannte Friedensresolution — ich weiß kein anderes Wort — radebrechte. Wie er sie auffaßte, wie er sie nicht auffaßte. Wie nach dem Frühstück seine Lesart ganz anders uns zu Ohren ging als morgens! Es war ein jammervoller Tag! Tiefer unglückselige Mann bei der Verantwortung. Meiteles, Meiteles, hilf dir selber! So klang der bitte Kummer durch den Spott hindurch.

Konrad Haußmann erkannte auch hier die Zeichen der Zeit. In unserer Fraktionssitzung am Abend forderte er, den sofortigen Rücktritt dieses Kanzlers zu erzwingen. Leider drang er nicht damit durch. In dem Streit gegen und um diesen Mann mußte der Kampf für mehr U-Boote Schaden erleiden.

Zunächst mußte ich aber den Versuch am untauglichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191003013/fragment/page=0001

Objekt machen und ihm meine Arbeit überreichen. Daß es nichts nützen werde, ahnte ich und behielt damit recht.

Daher suchten wir sofort anders zu helfen. Auf meine Bitte erklärte sich Kollege Gothein, der auch in seinem Buch „Warum verloren wir den Krieg" die schweren Verständigungen des Reichsmarineamts schildert, bereit, eine Abschrift der Eingabe mit den nötigen Zusätzen direkt an General Ludendorff, den er persönlich kennen gelernt hatte, zu senden.

Wir meinten nun, bei der richtigen Schmiede zu sein. Aber wir kamen schön an! Nach längerer Zeit erhielt Herr Gothein eine so kalt abweisende Antwort von einer Art — kurz gesagt: einen echten Ludendorff. Was nun? Ich sah mir das Schreiben an; ich fand, der technische Inhalt müsse direkt aus dem Reichsmarineamt stammen. Wir schöpften Hoffnung!

Also: deutsch mit Ludendorff reden, ihn über Reichsmarineamt aufklären. Das geschah, so schnell wir konnten. Gotheins Brief ist mir nicht zur Hand; aus meinem zitiere ich:

Auf Unternehmung waren Februar 1917 36 Boote, März 41, April 47, Mai 47, Juni 53 — dann aber ist die Zahl nicht mehr gewachsen. Der Durchschnitt Juli-Oktober 1917 ist ungefähr 45 Boote. Unsere Verluste sind sehr gestiegen: im August sind 11, im Oktober 12 Boote ausgefallen. Gewiß sind September-Oktober 1917 zwanzig 20 U-Boote hinzugekommen, aber die sind heute noch nicht an der Front. Wenn ich Ostern 1917 schreiben konnte, günstigster Bestand seit 1. Januar 1918 180 für die Front verwendungsfähige U-Boote — im Hauptausschuß habe ich in der Abwehr gegen die Zahl „gegen 400", von der Herr Capelle gesprochen hatte, diese Zahl wiederholt — so ist heute schon mit Sicherheit zu sagen, daß wir nicht einmal diese Zahl schaffen werden. Die Ablieferung November-Dezember wird die September-Oktober-Höhe nicht erreichen.

Ein anderes. Eine Reihe unserer U-Boote wird schon alt. Die Reparaturen, namentlich an den Oelunternehmungen ist ein Teil unserer Mittelmeerboote in zwei Monaten 150 Störungen! Kommando Pola hat schon vor Monaten mit Besorgnis gemeldet und um Abhilfe gebeten. Für größere Fernunternehmungen ist ein Teil unserer Mittelmeerboote schon zu sehr abgenützt.

Seit dem 27. Juni 1917 sind keine U-Boote mehr bestellt worden. — Wie jetzt 17, werden auch 1918 große Lücken in der Ablieferung entstehen. Die deutsche Industrie verlangt mit Recht frühzeitige Bestellungen. Was muß bestellt werden? B-Boote und M-Boote. Es müssen endlich Serien von ihnen bestellt werden, endlich sofort bei Herstellung des Bootes das passende Artilleriekaliber bereitgehalten werden! Was geschieht aber? Man arbeitet an Neuentwürfen! Am Projekt Nr. 50 (!!). an U-Boot-Kreuzern von etwa 3800 To., die erst in — 2½ bis 3 Jahren fertig werden können! Für das neueste Projekt (Nr. 50) sucht man die Kaiserwerft Kiel aus, die noch nicht einen U-Bootsneubau gehabt hat, in der Reporoturen so langsam gehen, daß z. B. „U-Deutschland" schon vier Monate dort in Reparatur liegt, nur um Geschützunterbauten und Torpedoarmierungsveränderung zu erhalten"

Dies als Probe. Das half. General Ludendorff griff sofort ein und — durch.

Regierungsumbildung in Sachsen.

WTB. Dresden, 2. Oktober. Im Laufe der letzten Woche haben eingehende Beratungen zwischen den Vertretern der sozialdemokratischen und der demokratischen Volkskammerfraktion über den Eintritt von Mitgliedern der demokratischen Partei in das sächsische Ministerium stattgefunden. Es ist zunächst eine Verständigung darüber herbeigeführt worden, daß die sozialdemokratischen Richtlinien der bisherigen Regierung, wie sie vom Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer am 20. März d. J. in der Volkskammer dargelegt wurden, voll in Geltung bleiben. Auch die demokratischen Vertreter, die in das Ministerium eintreten, werden diese Richtlinien im wesentlichen anerkennen. Hinsichtlich der Regierungsstellen, die für die demokratische Partei in Betracht kommen sollen, mußte zwischen den von der demokratischen Fraktion gestellten Forderungen und den Auffassungen der sozialdemokratischen Fraktion eine mittlere Linie gefunden werden. Das Einverständnis wurde schließlich damit erzielt, daß die demokratische Fraktion das Kultusministerium und das Finanzministerium übernimmt. Auch die bisherigen Inhaber dieser Aemter stimmten dieser Regelung zu. Den Vorschlägen der demokratischen Fraktion entsprechend, wird der Ministerpräsident den Herrn Abgeordneten Nitsche in das Finanzministerium und das Mitglied der Nationalversammlung Schulrat Dr. Seyfert in das Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts berufen. Voraussichtlich wird bei dem Wiederzusammentritt der Volkskammer am Montag eine Erklärung über die Regierungsumbildung abgegeben werden.

Keine neue Blockade.

WTB. Berlin, 2. Oktober. An zuständiger Stelle ist nichts davon bekannt, daß eventuell die Blockade am 20. Okt. wieder beginnen soll, wie eine Meldung der „Times" besagt.

Wendenführer Barth verhaftet.

WTB. Berlin, 2. Oktober. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Görlitz wurde gestern in der Nähe von Reugersdorf beim Ueberschreiten der böhmischen Grenze der Wendenführer Barth, der von Prag kam und wahrscheinlich nach seinem Wohnsitz in Bautzen zurückkehren wollte, verhaftet. Er hatte fünf Monate in Paris geweilt und dort vergeblich für die Errichtung eines selbständigen Wendenreiches gewirkt.

Die neue Verbilligungsaktion.

WTB. Berlin, 2. Oktober. Im Haushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung machte Finanzminister Dr. Südekum Angaben über die Aktion der Senkung der Lebensmittelpreise, für die das Reich annähernd 2½—3 Milliarden aufwenden werde. Es sei zu hoffen, daß infolge dieser neuen Aktion die Ernährung der Bevölkerung für den Winter einigermaßen gesichert ist. Vorbedingung da u aber sei, daß die Margarinefabriken genügend mit Kohlen und Rohmaterial beliefert werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so würden neue große Beträge für vermehrte Einfuhr von Rohstoffen für die Margarinefabrikation notwendig werden. **Die Abgabe von ausländischem Mehl solle weiter zu billigen** Preise, aber in etwas geringerem Umfang, erfolgen. Der Brotpreis werde ungefähr um 10 Prozent erhöht werden, was einen Zuschuß von 233 Millionen bis Ende des Erntejahres erfordere.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 2. Oktober. Am Ministertische: **Erzberger.**

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Fortsetzung der Valutainterpellation.

Abg. Dr. **Heim** (Ztr.): Die Schuldfragenunterhaltungen in unseren Parlamenten zeugen von politischer Unreife und schaden unserer Valuta. Gegen die Arbeitsunlust geschieht nichts. Arbeitet heute mehr wertals Kapital. In der Steuergesetzgebung muß auf die kleinen und mittleren Rentner größte Rücksicht genommen werden. Einen künftigen Abbau der Preise kann ich nicht befürworten. Vielleicht hilft eine Doppelwährung. Die Imperialisten des westlichen Europas warten nur auf den Zeitpunkt, wo wir ihnen aus Mangel an Zahlungsmitteln unsere wirtschaftlichen Quellen verpfänden. Wir können rascher genesen, als wir glauben, wenn wir nur arbeiten. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg **Wurm** (U. S.) wünscht eine Konferenz von Volkswirtschaftlern über die Valuta.

Reichsminister **Erzberger:** Eine Konferenz, wie sie der Abgeordnete Wurm wünscht, ist bereits in Arbeit. Gewiß kann die Arbeitsmöglichkeit und Arbeitslust nur gehoben werden, wenn

die Ernährung besser

wird. Für das Winterhalbjahr will die Regierung 3½ Milliarden zur Senkung der Lebensmittelpreise bereit stellen. In der heutigen Konferenz im Reichsfinanzministerium wurden die anwesenden Bundesdirektoren darüber einig, daß

die Zwangswirtschaft nicht weiter gelockert

werden dürfe. Es ist uns bekannt, daß eine wahre Jagd nach fremden Kupons und fremden Banknoten stattfindet. Maßregeln dagegen sind im Gange. Die Valutaanleihe allein wird das natürlich auch nicht machen. Aber augenblicklich brauchen wir eine solche, um uns weiterzuhelfen.

Abg. Dr. **Mayer** (D. Vpt.): Die Möglichkeit der Erholung unserer Valuta hängt besonders auch ab von dem Vertrauen, das man in den neutralen Ländern unserer Erholungsmöglichkeit entgegenbringt, und dazu gehört, daß das Ja der Reichsfinanzverwaltung Ja bleibt und ein Nein Nein. Durch Verhandlungen muß eine internationale Festigung der Valuta herbeigeführt werden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Neuordnung über die

Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Abg. **Binder** (Soz.) beantragt Ueberweisung des Entwurfes an den sozialen Ausschuß.

Abg. **Schefbeck** (Ztr.) will, daß in den Bäckereien am Freitag und Sonnabend etwas länger als acht Stunden gearbeitet werden darf und dafür Anfang der Woche etwas weniger.

Die Abg. **Hartmann** (Dem.) und **Biener** (Dn.) sind im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden.

Abg. **Marotzki** (D. Vpt.) wünscht eine derartige Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien, daß ein jeder am Sonntag das herkömmliche Frühstücksgebäck erhalten könne.

Abg. **Becker** (U. S.) führt aus, die Vorlage sei der Versuch einer Verschlechterung des Achtstundentages.

Reichsarbeitminister **Schlicke** stellt fest, daß auch Gewerkschaftler gehört worden sind.

Die Vorlage geht an den sozialen Ausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über das

Arbeitsentgelt der Empfänger von Militärversorgungsgebührnissen.

Reichsarbeitsminister **Schlicke** begründet die Vorlage.

Abg. **Hoch** (Soz.) ist im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden.

Abg. **Gilsing** (Ztr.): Lohndrückerei durch Kriegsbeschädigte kommt sogar in Staatsbetrieben vor.

Reichsarbeitsminister **Schlicke** erklärt, daß die vom Vorredner vorgebrachten Einzelfälle untersucht werden sollen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Siehr** (Dem.) und **Koch-Düsseldorf** (Dn.) vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Außerdem Interpellation Heinze betreffend Bezahlung der Einfuhrzölle in Gold.

Schluß gegen 6 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 2. Oktober. Am Ministertische: **Hirsch, Dr. Südekum.** Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Fortsetzung der zweiten

Haushaltsberatung

beim Finanzministerium.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. S.): Ich begrüße den Uebergang der Steuerhoheit auf das Reich. Der Widerstand des Ministers Heine gegen den Anschluß thüringischer Landesteile an Preußen ist unverständlich, da alles geschehen müßte, um die Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat zu fördern. Vogtherr, der das volle Vertrauen der Schmalkaldener Bevölkerung genießt, ist vom Minister nicht bestätigt worden. Der

Metallarbeiterstreik hat unsere volle Sympathie.

Die Zwangswirtschaft darf nicht abgebaut werden, sonst geht die Bewucherung des Volkes ins Schrankenlose. Bei der Reichswehr sollte gespart werden. Wir fordern Neuwahlen, weil die Zusammensetzung des Parlaments nicht mehr der Stimmung des Volkes entspricht.

Ministerpräsident **Hirsch:** Die Regierung hat Herrn Vogtherr aus persönlichen Gründen nicht zum Landrat ernennen können. Herr Vogtherr hat auch sein Mandat zum Reichstag niederlegen müssen. An Neuwahlen kann noch nicht gedacht werden. Der thüringischen Frage steht die Regierung sympathisch gegenüber. Von dem, was ich über

die kommunistischen Instruktionen

gesagt habe, nehme ich kein Wort zurück. Es handelt sich um Schriftstücke, die bei einem Manne gefunden worden sind, nicht um Spitzelarbeit. Ruhe und Ordnung wiederherzustellen ist Pflicht der Regierung. Von der Erfüllung dieser Pflicht wird sie sich auch durch die heftigsten Angriffe nicht abhalten lassen. (Beifall.)

Der **Haushaltsplan des Finanzministeriums wird angenommen.** Die zugehörigen Anträge auf Gewährung von Kriegsbeihilfen an Volksschullehrer, Verbesserung der Beamtengehälter, Steuerfreiheit für Teuerungszulagen der Privatangestellten werden ebenfalls angenommen.

Es folgt der

Haushalt der direkten Steuern

in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Bereitstellung von Geldmitteln für einmalige Beschaffungszulagen an Beamte. Berichterstatter

Abg. **Schmedding** (Ztr.) empfiehlt die Annahme des Ausschußantrages.

Finanzminister Dr. **Südekum:** Die Vorlage stellt das Höchstmaß dessen dar, was wir geben können. Nebenher geht die gewaltige Aktion auf Verbilligung der Lebensmittel, auf die bis zum nächsten Januar über drei Milliarden entfallen.

Abg. **Schmilian** (Dem.): Wir stimmen der Vorlage zu. Die Not der Beamten erfordert es, daß die Zulage schleunigst ausgezahlt wird. Es kommt aber darauf an, daß die laufenden Einnahmen der Beamten erhöht werden. Das muß durch eine durchgreifende Besoldungsreform geschehen. Dringend notwendig ist es, auf die Gemeindeverwaltungen einzuwirken, daß sie ihren Beamten ebenfalls einmalige Teuerungszulagen bewilligen. Ich bitte, unseren dahingehenden Antrag anzunehmen.

Abg. **Schubert** (Soz.): Wir stimmen dem Entwurf ebenfalls zu und fordern, daß an Stelle der Teuerungszulagen feste Besoldungssätze treten.

Abg. **Gottwald** (Ztr.): Wir nehmen die Vorlage unverändert an. Bezüglich der Kommunalbeamten hat die Regierung erklärt, daß sie keine Mittel besitze, auf die Gemeinden einzuwirken.

Abg. **von Oelze** (Dn.): Entschuldungsbeihilfen sind notwendig neben der Senkung der Preise.

Abg. **Mayer-Lerbort** (D. Vp.): Wir sind immer bemüht gewesen, von der Regierung für die Beamten herauszuholen, was nur möglich war.

Abg. **Klost** (U. S.): Die Vorlage geht nicht weit genug. Vor allem muß das Elend der Kriegerfrauen gemildert werden.

Abg. **Wulfsange** (D. Hann.) bittet, nach Hannover nur solche Beamte zu schicken, die mit der Eigenart des Volkes vertraut sind.

Die Vorlage, sowie die Verteilungsgrundsätze werden in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird die Vorlage in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen.

Freitag 12 Uhr: Kleinere Vorlagen; Beschlußfassung über Verordnungen. Schluß 5¾ Uhr.

Die deutsche Luftschiffahrt.

Haag, 2. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Es werden hier nähere Einzelheiten über die Bestimmungen für die deutsche Luftschiffahrt bekannt. An erster Stelle soll Frankreich einige Zeppeline für sich selbst wählen dürfen, dann folgt England und an dritter Stelle Amerika. Was dann noch an Zeppelinen übrig bleibt, soll vernichtet werden, wenn man sie nicht zu Studienzwecken verwenden kann. Die Flugzeuge sollen hauptsächlich den kleineren Ententeländern gegeben werden. Eine amtliche Bestätigung von der früher gemachten Meldung von der Vernichtung der Zeppeline liegt nicht vor. Mitteilungen des französischen Geheimdienstes besagen, daß die Luftschiffkommandanten alle neuen Instrumente und Einrichtungen vernichtet oder unbrauchbar gemacht haben, um sie nicht in die Hand der Alliierten fallen zu lassen. Da Deutschland nach den Bestimmungen des Friedensvertrages sechs Monate nach der Ratifizierung des Friedens keine neuen Luftschiffe mehr bauen darf, so sind die Fabriken jetzt eifrig beschäftigt, neue Zeppeline herzustellen vor Ablauf dieser Zeit. Zwar dürfen das deutsche Heer und die deutsche Flotte keine Luftschiffe mehr besitzen, doch weiß man sehr wohl, daß Handelszeppeline mit einigen Änderungen für militärische Zwecke verwendbar gemacht werden können. Deutschland wird also doch über eine Luftschiffflotte verfügen können, und daher ist es notwendig, daß die Alliierten sich in den Besitz aller neuen Erfahrungen, Instrumente und deren Einrichtung setzen, damit sie in der Lage sind, diese für die Entente-Luftschiffahrt verwenden zu können.

Ultimatum der türkischen „Rebellen".

WTB. Versailles, 2. Oktober. „Intransigeant" meldet: Mustapha Kemal Pascha hat nach der Besetzung von Konia dem Großwesir ein Ultimatum zugestellt, in dem er dessen sofortige Demission verlangt.

Wiener Enthüllungen.

WTB. Wien, 2. Oktober. Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht einige Berichte des Feldzeugmeisters Potiorek, der im Juli 1914 Landeschef von Bosnien und der Herzegowina mit militärischer und ziviler Gewalt war. Potiorek berichtete am 29. Juni 1914 nach Wien, er sei der Ueberzeugung, daß nur durch energisches Vorgehen auf dem Gebiete der äußeren Politik in Bosnien und der Herzegowina ruhige und normale Verhältnisse geschaffen werden könnten. Am 1. Juli meldete er nach Wien, die Schreckenstat vom 28. Juni habe ihn belehrt, daß die Lage ernster geworden sei, als er geglaubt habe. Es dürfe nicht weiter gezögert werden, gegen den äußeren und inneren Feind rücksichtslos vorzugehen. Am 3. Juli verlangte Potiorek eine sofortige Machtäußerung der Monarchie gegenüber Serbien und sofortige Beseitigung der Immunität der Abgeordneten. Am 6. Juli hat er im gemeinsamen Ministerrat, für den sofortigen Kriegsbeginn einzutreten.

Die Friedensdelegierten der Sowjetrepublik.

Basel, 2. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Preßinformation" erfährt aus Stockholm: An der finnischen Grenze sind Vertreter der Moskauer Sowjetregierung eingetroffen, um die Verhandlungen mit den Ententegesandten in Stockholm über das Friedensgesuch der Sowjetregierung aufzunehmen. Wie das Stockholmer „Tagblatt" meldet, hat in Rußland ein völliger Umsturz begonnen. In Petersburg haben die Bürgerlichen sich in den Besitz mehrerer Staatsgebäude gesetzt. Weiter berichtet die „Preßinformation" aus Budapest, der rumänische Oberkommandierende habe mitgeteilt, daß die Moskauer Sowjetregierung sofortige Friedensverhandlungen bei Rumänien beantragt habe.

Die „Freiheiten" in der Tschecho-Slowakei.

WTB. Wien, 2. Oktober. In dem von dem tschechoslowakischen Pressebureau veröffentlichten Wortlaut des Vertrages der tschechoslowakischen Republik mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan wird unter anderem bestimmt: Die tschechoslowakische Republik verpflichtet sich, allen Bewohnern vollkommenen unbedingten Schutz des Lebens und der Freiheit ohne Unterschied der Abstammung, Staatsangehörigkeit, Sprache, Rasse und Religion zu gewähren. Was den öffentlichen Unterricht anbelangt, so wird in denjenigen Städten und Bezirken, wo ein bedeutender Bruchteil tschechoslowakischer Staatsbürger fremder Zunge wohnt, angemessene Gelegenheit geboten, daß den Kindern dieser Staatsbürger Unterricht in ihrer Sprache zuteil wird. Ebenso werden diesen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191003013/fragment/page=0002

Minderheiten angemessene Beiträge für Erziehung, Religionsübung oder humanitäre Zwecke aus öffentlichen Mitteln gewährt. Im Gebiete der Ruthenen der Südkarpathen, das eine Selbstverwaltungseinheit im Rahmen des tschechoslowakischen Staates bildet, wird diese Selbstverwaltung mit weitestgehender Autonomie ausgestattet. Es wird einen autonomen Landtag besitzen, der in sprachlichen, religiösen und Unterrichtsangelegenheiten sowie in den Fragen der örtlichen Verwaltung zuständig sein wird.

Deutsches Reich.

Der Ludwigshafener Zwischenfall.

Mannheim, 2. Oktober. Ein Augenzeuge des letzten Ludwigshafener Vorfalles teilt der „Neuen Badischen Landeszeitung" mit, es habe bei dem Zusammenstoße zwischen deutschen Arbeitern und französischen Soldaten keine Toten, sondern nur Verletzte gegeben.

Die Kosten für die Okkupationsarmee.

WTB. Versailles, 2. Oktbr. Wie der „Temps" meldet, soll die französische Regierung in der vorgestrigen Sitzung des Finanzrats verlangt haben, daß die Unterhaltungskosten für das Besatzungsheer in Deutschland auf der Basis des französischen Tarifs, der für jeden Tag 16 Franken pro Soldat vorsieht, nicht auf der Basis des ameritanischen Tarifs, der 30 Franken festsetzt, berechnet werden.

Die bayerischen kriegsgeschichtlichen Archive.

WTB. Berlin, 2. Oktober. Anläßlich der lebhaften Proteste der bayerischen Presse gegen die Ueberführung der kriegsgeschichtlichen Archive Bayerns in das Reichsarchiv wird festgestellt, daß nach den Vereinbarungen der beteiligten militärischen Dienststellen Einverständnis darüber herrscht, daß die kriegsgeschichtlichen Archive der Länder ohne deren Einwilligung dem Reichsarchiv nicht zugeführt werden können. Es haben lediglich Verhandlungen über die Ueberlassung der bayerischen Operationsakten aus dem Weltkriege zu gemeinsamer Bearbeitung stattgefunden.

Die Auskunftspflicht der Banken.

WTB. Berlin, 2. Oktober. Vom Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung wurde der § 189, der die Auskunftspflicht der Banken, Sparkassen usw. vorschreibt, mit dem Zusatz angenommen, daß der Reichsminister für Finanzen Erleichterungen von diesen Vorschriften gewähren kann.

Neue Ministerstellen.

WTB. Berlin, 2. Oktober. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hat die beiden neu geforderten Reichsministerstellen mit großer Mehrheit genehmigt.

Der Kohlenmangel.

WTB. Höchst a. M., 2. Okt. Wegen Kohlenmangels legen die hiesigen Farbwerke am Montag einen großen Teil ihrer Betriebe still. Aehnlich steht es bei den Chemischen Werken in Griesheim.

Ausland.

Achtstundentag auch in Spanien.

WTB. Amsterdam, 2. Oktober. Die „Times" melden aus Madrid vom 1. Oktober, daß der Achtstundentag für ganz Spanien eingeführt wurde.

Holland auf der Arbeitskonferenz.

WTB. Amsterdam, 2. Oktbr. Wie „Telegraaf" meldet, hat die niederländische Regierung etwa 13 Personen beauftragt, die Niederlande auf der Arbeitskonferenz zu vertreten.

Die Stellung Wilsons.

WTB. Versailles, 2. Oktober. Nach einer Radio-Meldung sollen die demokratischen Senatoren dem Präsidenten Wilson mitgeteilt haben, daß sie ihre Stellung seit Wilsons Propagandareise für so gefestigt halten, daß es möglich sei, die Ratifizierung des Friedensvertrages ohne Amendement und Reserven zu erlangen. Doch könne die Abstimmung nicht gleich vorgenommen werden.

Aus der demokratischen Bewegung.

Untergreislau, 1. Oktober. Hier fand am Mittwoch abend eine von der Deutschen demokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung statt, die von Männern aus der gesamten Umgegend besucht war und einen recht interessanten Verlauf nahm. Dr. Bartmann-Weißenfels sprach über die politische und wirtschaftliche Lage. Die unbeschränkte Aussprache, an der sich auch ein Mitglied der U. S. P. und ein „über den Parteien Stehender" beteiligte, gab dem Redner noch weiter Veranlassung, die Stellungnahme der demokratischen Partei zur Sozialisierung, zum Schulwesen und zum Judentum sowie die Notwendigkeit zur politischen Arbeit vermittels Organisation unter treffender Begründung eingehend darzulegen. Seine Ausführungen hatten zur Folge, daß eine neue Wortmeldung ausblieb, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Wohl jeder Teilnehmer hat ein gut Teil Belehrung aus ihr mit nach Hause genommen und keiner der Besucher wird den Abend für einen verlorenen halten.

Halle und Umgegend.

Halle, den 3. Oktober 1919.

Konsistorialpräsident D. v. Doemming †.

Der Präsident des Evangelischen Konsistoriums der Provinz Sachsen, D. v. Doemming, ist bei der Rückkehr von einer Dienstreise am 1. Oktober, morgens 1 Uhr, am Herzschlag verschieden.

Alfred v. Doemming wurde am 15. Februar 1862 zu Falkenberg, Reg.-Bez. Köslin, geboren. Er besuchte das Domgymnasium zu Naumburg a. S. und bestand dort im Jahre 1880 das Abiturientenexamen. Nach dreijährigem Studium legte er 1883 die erste juristische Prüfung ab. Im Februar 1888 wurde er zum Assessor ernannt und trat im Jahre 1890 zur allgemeinen Staatsverwaltung über. Bis 1900 war er bei der Regierung in Breslau tätig. Von 1900 bis 1902 gehörte er dann dem Polizeipräsidium in Berlin an und wurde im Frühjahr 1902 zur Vertretung des erkrankten Oberpräsidialrats dem damaligen Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, v. Bethmann Hollweg, überwiesen. Im Herbst 1902 ging er als Oberregierungsrat und Dirigent der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen zur Regierung in Potsdam. 1908 wurde v. Doemming dann Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin und war seitdem Präsident des Konsistoriums der Provinz Sachsen.

Elf Jahre lang hat er auf diesem Posten mit äußerster Hingabe gewirkt. An allen kirchlichen Bestrebungen nahm er, wie die „M. Ztg." hervorhebt, regsten Anteil. Auch schriftstellerisch hat v. Doemming sich betätigt, vor allem auf dem Gebiete der Gesetzeskunde. Zahlreiche Beiträge lieferte er z. B. zum Preußischen Pfarrarchiv. Im Jahre 1917 wurde er in Anerkennung seiner Leistungen zum D. theol. ernannt. Dem kirchlichen Leben der Provinz entsteht durch sein Hinscheiden eine schmerzlich fühlbare Lücke. Seine Leiche wird nach Wernigerode übergeführt werden.

Das Konsistorium in Magdeburg hat noch sein juristisches Mitglied Konsistorialrat Schlemmer durch den Tod verloren. Vor etwa dreiviertel Jahren übernahm er, aus dem Kriege zurückgekehrt, wieder seine Amtstätigkeit in seinem alten Wirkungskreise.

Ackerverpachtung durch den Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Es wird dringend ersucht, die Pacht sofort zu erneuern, damit die Geschäftsstelle übersehen kann, welche Parzellen frei werden. Auf der Geschäftsstelle des Bundes liegt eine Liste aus, in die Personen sich eintragen können, die Land zu haben müssen. Die Zuweisung der freigewordenen Parzellen erfolgt etwa Mitte Oktober. Wer bis dahin seine Pacht nicht erneuert hat, verliert seinen Acker. — Ader am Saalanger. Den Kleinpächtern am Saalanger sei mitgeteilt, daß die Kündigung des Ackers durch die Verpächterin auf dem Klagewege angefochten ist. Sie steht im Widerspruch mit dem Reichsgesetz über die Verpachtung von Kleingärten. — Elternabend. Es sei auf den am 3. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkspark, stattfindenden Elternabend noch ganz besonders eindringlich hingewiesen. Der Eintritt ist vollständig frei. Diese freien Elternabende haben den Zweck, das Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus möglichst eng zu knüpfen. Die angekündigten Vorträge umfassen ein allgemein interessantes Gebiet, so daß ein zahlreiches Erscheinen gesichert ist. Den Eltern soll auch Gelegenheit gegeben werden, Anfragen zu stellen und sich ganz frei auszusprechen. — Zentralstelle für Unterbringung von erholungsbedürftigen deutschen Kindern in der Schweiz. Von Basel aus wird telegraphisch mitgeteilt, daß die 762 Kinder alle glücklich eingetroffen sind.

Die Ackerschlacht am „Galgenberg" werden zu der am Freitag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schreberschlößchen" stattfindenden Versammlung eingeladen. Wichtige Besprechung.

* **Der Stahlhelm.** Die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Frontsoldaten veranstaltet am Freitag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, im Zoologischen Garten ihren zweiten Vortragsabend mit Lichtbildern. Herr Oberingenieur Nobrwasser-Halle wird unter Vorführung einer Anzahl gut gelungener Aufnahmen über das Thema: „Mit deutschen Truppen von Kleinasien nach der Wüste Sinai" sprechen. — Wir verweisen auf das Inserat in der gestrigen Nummer unserer Zeitung.

Ein Viertelpfund Fleisch. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 125 Gramm (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es werden ⅔ Rinder- und ⅓ Schweinegefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 4. Oktober, durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen das Fleisch bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der reitlichen Fleischmarken für die Woche vom 29. 9. bis 5. 10. d. Js. Die Marken sind zu 100 Stück gebündelt in verschlossenem Umschlage, auf dem die Firma und die Zahl der Marken zu vermerken ist, bis zum 7. 10. an das Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß, Saal links, abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 125 Gramm 1 Mark.

Wurstkonservenverkauf. In der laufenden Woche werden bei den Fleischern je Kopf 125 Gramm Wurstkonserven (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) verabfolgt. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 4. Oktober. Der Verkaufspreis beträgt für 125 Gramm 1,45 Mark. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 1A, 1D, bei den Kinderkarten der Marken 1A und B, der Reichsfleischkarten für die Woche vom 29. 9. bis 5. 10. zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß, bis 7. 10. abzuliefern. Gefäße sind mitzubringen.

Kartoffelgraupen und Feldzwieback. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf von Kartoffelgraupen und Feldzwieback wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 3. Oktober. Es können für jede Person eines Haushalts ¼ Pfund Kartoffelgraupen (Kartoffelsago) und 75 Gramm Feldzwieback abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für Kartoffelgraupen 1,30 Mark und für Feldzwieback 1,30 Mark für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Ware einzukaufen, bei welchen sie für den Verkauf von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf der Kartoffelgraupen erfolgt unter Abtrennung der Marke 406 und der Verkauf des Feldzwieback unter Abtrennung der Marke 407 des Warenbezugsscheines 25. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Städtischer Verkauf von Schokolade und Kakao an Kinder bis zu 12 Jahren in der Talamtschule am Freitag, den 3. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 63 501 bis 68 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 68 001 bis 74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines auf jeden Abschnitt R des besonderen Bezugsscheines für Kinder bis zu 12 Jahren eine Tafel Schokolade oder ein Paket Kakao (80 Gramm) zum Preise von 1,50 Mk. abgegeben werden. Familien mit einem Kinde erhalten eine Tafel Schokolade, Familien mit zwei Kindern eine Tafel Schokolade und ein Paket Kakao, Familien mit drei Kindern zwei Tafeln Schokolade und ein Paket Kakao, Familien mit vier Kindern zwei Tafeln Schokolade und zwei Pakete Kakao usw. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Anträge auf Ausschreibung von Kartoffelbezugsscheinen für den Saalkreis können nicht mehr angenommen werden, da die von der Provinzialkartoffelstelle dem Saalkreis aufgegebene Liefermenge durch die gestellten Anträge auf Bezugsscheine bereits erreicht ist. Für die Kreise Eckartsberga, Querfurt, Delitzsch und Bitterfeld können dagegen noch Bezugsscheine ausgestellt werden. Anträge auf Ausstellung von Bezugsscheinen müssen jedoch spätestens bis Sonnabend, den 10. Oktober, in den städt. Markenausgabestellen gestellt werden. Nach dieser Zeit können Anträge voraussichtlich keine Berücksichtigung mehr finden.

Provinzial-Nachrichten.

? **Rietleben**, 2. Okt. (Ein 4. Schornstein) wird jetzt auf der Portland-Zementfabrik „Saale" errichtet. Die sonstige Bautätigkeit ist noch gering.

v. **Peißen**, 2. Okt. (Heldenehrung.) Der Gemeindekirchenrat der Parochie Peißen hat beschlossen, zum Gedächtnis der 30 Gefallenen aus den Orten Peißen, Rabau und Röberitz auf dem hiesigen Kirchhof ein würdiges Denkmal zu errichten und am Totensonntage zu weihen. Die Kosten, etwa 3000 Mark, sind in den drei Ortsbezirken bereits von den Gemeindegliedern gezeichnet. Der Gemeindekirchenrat übernimmt die Pflege des Denkmals.

ó **Saalfeld**, 30. Sept. (Im Zollamt) wurde ein Einbruch verübt. Die Diebe erbrachen einen Geldschrank und entwendeten eine größere Anzahl Wertstücke der Reichsanleihe, die dem hiesigen Erziehungsverein gehören. Ferner hießen die Einbrecher einen Posten beschlagnahmter Zigaretten mitgehen. Die Art des Einbruchs läßt darauf schließen, daß man es hier mit denselben Spitzbuben zu tun hat, die kürzlich in die Mitteldeutschen Elektrizitätswerke eingebrochen sind. Die Summe, die von den Dieben aus dem Kontor der letztgenannten Fabrik entwendet wurde, beläuft sich auf 9500 Mark.

Roda (S.-A.), 30. Sept. (Eine seltsame Fundgeschichte.) Vor einigen Tagen zeigte Herr Max Oswald von hier den Verlust seiner Brieftasche mit etwa 12 000 Mk. Inhalt an und setzte 1000 Mk. als Belohnung für den ehrlichen Finder aus. Zu seiner Freude konnte er sich die Tasche auf dem Fundbureau in Jena abholen. Der Kraftwagenführer eines Zwickauer Fabrikanten hatte sie auf der Landstraße gefunden. Leider war die Tasche um etwa 2000 Mk. ihres Inhalts erleichtert worden. Wie jetzt laut „Rodaer Zeitung" ziemlich sicher feststeht, hat Oswald die Tasche gar nicht verloren, sie scheint ihm vielmehr gestohlen worden zu sein. Da außerdem die Tasche an einem Ort gefunden wurde, an dem Oswald am Tage des Verlusts überhaupt nicht hingekommen ist, und andererseits der Zwickauer Fabrikant sich für seinen Chauffeur verbürgt, so liegt die Vermutung nahe, daß der Dieb nicht gewagt hat, den Inhalt, alles neue Hundertmarkscheine, ganz an sich zu nehmen und sie infolgedessen dorthin geworfen hat, um seine Spur zu verwischen.

)(**Stolberg**, 1. Oktober. (Der Bahnbau Stolberg—Rottleberode.) Die Gesamtlänge der neuen im Bau befindlichen Strecke beträgt nach einer amtlichen Mitteilung des Vorstandes der Eisenbahn-Bauabteilung Stolberg (Harz) rund 5,5 Km. mit einer durchschnittlichen Steigung von 1:55. Die Strecke erhält außer dem Bahnhof Stolberg, der mit Empfangsgebäude, Güterschuppen, großen Hofverladerampen und den erforderlichen Nebenanlagen ausgestattet wird, noch etwa in der Mitte zwischen Rottleberode und Stolberg den kleinen Haltepunkt Zoll. Die Gesamtbauzeit werden, falls keine weiteren erheblichen Preissteigerungen eintreten, rund vier Millionen Mark betragen. Es steht zu erwarten, daß falls die Bauarbeiten in der bisherigen Weise fortgeführt werden, die Bahn im Frühjahr 1921 in Betrieb genommen werden kann. Die neue Bahn bildet die Fortsetzung der seit langem bestehenden Strecke Berga-Kelbra-Rottleberode und führt dem Bahnhof Berga-Kelbra einen verstärkten Personen- und Güterverkehr zu.

n. **Magdeburg**, 1. Oktober. (Zu einem eigenartigen Streit) ist es zwischen dem Magdeburger Magistrat und der Magdeburger Straßenbahn gekommen. Der Magistrat behauptet, die Berechtigung der Straßenbahn zur Erhebung eines Zuschlages von 5 Pf. auf die Fahrkarte sei mit dem 1. Oktober erloschen. Die Straßenbahn will die Zuschläge weiter erheben. Es wird zur gerichtlichen Entscheidung kommen. Vorläufig empfiehlt der Magistrat den Fahrgästen die Zahlung des Zuschlages, aber gleichzeitig auch die Aufhebung der Fahrscheine, damit sie nötigenfalls später noch gerichtlicher Entscheidung zur Einlösung des zuviel gezahlten Betrages vorgelegt werden können.

Vermischtes.

Einem groß angelegten Schmuggel ist man in dem oldenburgischen Hafenort Nordenham an der Weservmündung auf die Spur gekommen. Die Zollbehörden entdeckten nämlich, daß mit einem Motorboot schon seit längerer Zeit Tabak und Zigarren von Holland eingeschmuggelt worden sind, und zwar handelt es sich um Millionenwerte. Allein der hinterzogene Zoll beträgt dem Vernehmen nach über 250 000 Mark.

15 Schwanen abgeschossen. In Pfreimt in der Oberpfalz sind 15 Schwanen abgeschossen. Der Schaden beträgt über 300 000 Mk.

Straßenraub in Bremen. Kürzlich wurde der Kassierer der Generalkasse, der 200 000 Mark zur Reichsbank bringen wollte, vor der Tür der Bank von zwei Männern, die ihm Pfeffer ins Gesicht streuten, überfallen. Der eine der Räuber, der die Beute bei sich trug, wurde festgenommen, nachdem man ihm den Revolver aus der Hand geschlagen hatte, der andere entkam mit einem Rade.

Das 50jährige Jubiläum der Postkarte, einer Erfindung des ersten deutschen Generalpostmeisters Stephan, konnte gestern begangen werden. Die Erfindung selbst liegt eigentlich schon 4 Jahre weiter zurück; denn bereits damals trug Stephan seinem Vorgesetzten v. Philipsborn die Idee vor, fand aber so wenig Verständnis, daß v. Philipsborn ihm ausdrücklich verbot, bei einer Postkonferenz, an der Stephan teilnahm, amtlich seine Erfindung zu erwähnen. Stephan tat dies außerhalb der Sitzung, und ein österreichischer Delegierter bemühte sich darauf um die Einführung der Postkarte in Oesterreich, wo man aber damals begreiflicherweise nur geringe Lust zeigte, die Erfindung eines Preußen einzuführen. Der Wiener Professor Hermann machte dann 1869 in den österreichischen Blättern den Vorschlag einer Postkarte, die einschließlich Anschrift und Unterschrift zwanzig Worte sollte enthalten dürfen. Aus dieser Karte wurde nichts, wohl aber wurde die nach dem Stephanschen System eingeführt, und im Amtsblatt wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser der Vater des Gedankens sei. Damit wurde ihm also ausdrücklich die Priorität gewahrt, die Professor Hermann ihm nachmals immer wieder streitig zu machen suchte.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die letzte Abonnementsquittung beizulegen.)

Herrn Paul Sch in Halle. Ihre Einsendung könnten wir als eine Stimme aus dem Leserkreise nur dann veröffentlichen, wenn Sie uns auch Ihre Wohnung angeben, damit wir wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Anonymus aus Dommitzsch. Wenn Sie namens einiger Bürger aus Dommitzsch sprechen, weshalb haben Sie dann nicht den Mut und den Anstand Ihren Namen unter die Karte zu setzen? Wenn Sie das nicht taten, darf man wohl annehmen, daß Ihre Angaben auf — Schwindel beruhen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Pferdesport.

Magdeburger Herbstrennen. Der erste Rennungsschluß für die Magdeburger Herbstrennen am 25. und 26. Oktober hat ein vorzügliches Ergebnis gezeitigt. Für die beiden klassischen Rennen (den Germania-Preis mit 60 000 Mark und die Borussia mit 40 000 Mark) wurden 39 und 46 Pferde genannt. Dann folgen für das Bärtiele-Rennen 50, den Flieger-Ausgleich 41 und den Preis von Lichterfelde 34 Unterschriften. Die weiteren Rennen schließen am 7. Oktober, und auch für diesen Termin wird ein gutes Ergebnis zu erwarten sein.

Fußballsport.

Vom Saalegau-Vorstand wird uns amtlich mitgeteilt: Infolge des vom B. V. bestimmten Spielverbotes für Halle am Sonntag, den 5. Oktober, anläßlich des stattfindenden Uebungsspieles kommen die für Nachmittag dieses Tages angesetzten Verbandsspiele in Halle in Wegfall. Dagegen müssen die Vormittagsspiele der Jugend- und Schülergruppen in Halle sowie auch die Nachmittagsspiele der Vereine in Merseburg, Ammendorf, Rietleben, Döhlau, Lettin, Bitterfeld, Zörbig, Holzweißig, Sandersdorf, wie auf dem Spielplan angesetzt, stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191003013/fragment/page=0003

Verschiedenes.

Prüfung eines neuen Betriebsstoffes. Bei einer in Berlin vorgenommenen Automobilprüfungsfahrt wurde auch die Prüfung eines neuen Betriebsstoffes vorgenommen, einer Mischung von Benzol und Petroleum, die für die nächste Zeit der Brennstoff des öffentlichen Automobilverkehrs sein wird. Eigentümlicherweise wurde ihm aus Fahrerkreisen ein starkes Mißtrauen entgegengebracht, man schätzte ihn noch schlechter ein als das bisher gebräuchliche Benzolöl, das sich nirgends Freunde erworben hat. Der erste Fahrtag mit Benzolpetroleum hat diese Bedenken beseitigt. Sämtliche Wagen fuhren fast ohne Rauchentwickelung und eine Belästigung des Straßenverkehrs durch Verqualmen, wie es bisher beim Benzolöl die Regel war, dürfte bei dem Zukunftsbrennstoff auch ohne Aenderung der vorhandenen Vergasersysteme ausgeschlossen sein. Wo sie doch zu beobachten ist, dürfte dafür der Fahrer ohne jedes Bedenken verantwortlich zu machen sein. Alle 15 im Wettbewerb befindlichen Vergaser sind ohne Störung über die Strecke gekommen. Der Vergaser konnte in kurzer Zeit in einen Reservewagen umgebaut werden, mit dem er nachmittags bereits eine Probefahrt erledigen konnte.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich).

Zur Wohnungsnot!

Die Entscheidung des Mieteinigungsamtes gleicht einer Ehescheidung. Folgender selten „schöne" Fall ereignete sich am 1. Oktober vor dem Mieteinigungsamte der Stadt Halle:

Infolge meines Berufes, den ich zur Kriegszeit nicht ausüben konnte, brauche ich heute männliches und weibliches Personal, welches ich, durch die Nahrungsmittelverhältnisse usw., in Kost und Wohnung nehmen muß. Aus diesem Grunde beantragte ich die Kündigung meines Aftermieters, der ein Zimmer meiner Wohnung belegt. Ich legte den Herrschaften des Mietseinigungsamtes die Lage meiner Zimmer dar, wie folgt: 2 Zimmer nach vorn, wovon beide für sich abgeschlossen, 2 Zimmer hintereinanderliegend. Diese haben nur einen Eingang, man muß also durch das erste Zimmer gehen, um zu dem zweiten zu gelangen. Die Kündigung des Aftermieters wurde glatt abgelehnt. Nun wurde folgender — Vorschlag (Beschluß) gefaßt:

Meine Frau soll mit dem weiblichen Personal ein Schlafzimmer benutzen, währenddem ich mit dem männlichen Personal ein — gemeinsames — Schlafzimmer haben solle. Diese Ehetrennung solle sich nach Ansicht dieser Herrschaften ungefähr 3 Jahre oder länger hinziehen. Vorausgesetzt, meine Frau hat sich in dieser Zeit nicht schon scheiden lassen.

Ein Urteil über diese Entscheidung des hiesigen Mietseinigungsamtes überlasse ich dem geneigten Leser. W. L.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zur Wiederaufnahme der deutsch-griechischen Handelsbeziehungen

schreibt die „Frankf. Ztg.": „Nach Meldungen aus Athen hat der griechische Ministerrat ein Dekret ausgearbeitet, das die Wiederaufnahme der deutsch-griechischen Handelsbeziehungen zum Zweck hat. Bekanntlich wurde der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Griechenland durch die Kriegserklärung des Venizelos an die Zentralmächte am 29. Juni 1917 abgebrochen, tatsächlich war ein solcher aber schon bald nach dem Ausbruch des Weltkrieges unmöglich geworden. Die Bulgarien und Saloniki nach Alt-Griechenland über Italien war gering und von kurzer Dauer: der Versuch, solche über Bulgarien und Saloniki nach Alt-Griechenland zu leiten, wurde durch die Besetzung von Saloniki und der ostmazedonischen Bahnen durch die Entente unterbunden. So blieb Griechenland fast 5 Jahre ohne deutsche Warenzufuhr. Diese war in den letzten Jahren vor dem Kriege in stetem Steigen, sie betrug im Jahre 1909 11,3 Millionen M., 1913 24,4 Mill. Mk. Hauptartikel der deutschen Ausfuhr nach Griechenland waren Woll- und Baumwollgewebe, Steinkohle, Oefen, Röhren, Maschinen, Eisenwaren, pharmazeutische und chemische Artikel, Patronen u. a. Griechenland seinerseits lieferte an Deutschland im Jahre 1909 Landes-Erzeugnisse im Werte von 18,2 Mill. Mk., 1913 solche im Werte von 26 Mill. Mk., und zwar Korinthen (6,1 Mill. Mark), Wein (3,8), Schaf-, Lamm- und Ziegenfelle (3), Eisenerz (2,5), Rohtabak (1,6), Magnesit (1,4), Zinkerz (1,2), Schwämme (0,7), Feigen (0,7), Terpentin, Fichtennadelöl, Harzgeist (0,6), Schmieröl (0,5) u. a.

Während des Krieges bemühten sich die Handelsrivalen Deutschlands, Amerikaner, Engländer und Franzosen unter Nachahmung der deutschen Geschäftsmethoden, dem griechischen Kaufmann ihre Erzeugnisse als den deutschen gleichwertig, wenn nicht überlegen anzupreisen; der Erfolg ist ein sehr geringer gewesen. Man wartet, wie kürzlich ein überzeugtes Venizelistenblatt voll Ingrimm feststellen mußte, sogar in Athener liberaler (d. h. venizelistischen) Kaufmannskreisen mit Ungeduld auf die Ankunft der ersten deutschen Waren, und angesehene Handelszeitschriften werden nicht müde, die Regierung auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, hinter den Alliierten, die die Handelsbeziehungen mit Deutschland bereits aufgenommen haben oder sich dazu anschicken, nicht zurückzubleiben. Allem Anschein nach wird denn auch die Wiederaufnahme der deutsch-griechischen Handelsbeziehungen nicht mehr lange auf sich warten lassen. Was Griechenland an ausländischen Erzeugnissen und Gütern braucht, ist in kurzem folgendes: Eisenwaren, Fassoneisen, Fahrräder, landwirtschaftliche Maschinen, andere Maschinen, Metallwaren, Stabeisen, Emaillegeschirre, Glas-, Porzellan- und Tonwaren, Spielwaren, Papierwaren, Garne, Gewebe, Manufakturwaren, Seilerwaren, Kurzwaren, Chinin, Medikamente u. a. Es wird von der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie abhängen, ob und inwieweit sie das Absatzgebiet das sie vor dem Kriege in Griechenland besaß, wiederzugewinnen vermag."

Beschlagnahme im Hamburger Freihafen.

Der Verband des Hamburger Einfuhrhandels ist seit einiger Zeit bemüht, beim Reichswirtschaftsministerium durchzusetzen, daß der Freihafen wie in Friedenszeiten vor Beschlagnahme sicher ist. Auf seine Vorstellungen wurde dem Verband mitgeteilt, daß der Bevollmächtigte der Reichseinfuhrstellen für Lebensmittel für seine Zuständigkeit bereits ausdrücklich angewiesen ist, in den Freibezirken und Zollausschüssen keinerlei Beschlagnahmung oder Uebernahme vorzunehmen. Die gleiche Anweisung ist an den Reichsbevollmächtigten für Kolonialwaren, den Reichsausschuß für Oele und Fette und die Weinhandelsgesellschaft ergangen. Der Reichswirtschaftsminister glaubt, daß auf dem Lebensmittelgebiete weitere Anweisungen nicht notwendig seien. Für die Lebensmittelinhaber-Firmen wäre somit einige Sicherheit gegeben. Der Verband wird indessen weiter bemüht sein, auch für alle übrigen Gebiete Beschlagnahmefreiheit im Hamburger Freihafen durchzusetzen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 2. Okt. Der Börsenverkehr war heute wiederum, namentlich infolge zahlreicher Aufträge aus der Provinz, von einer festen Tendenz beherrscht. Lebhafte Umsätze fanden aber nur in einzelnen Werten statt. Am Kolonialmarkt stiegen Pomona und Deutsche Kolonialanteile um etwa 100 Proz. Hütten- und Kohlenaktien gewannen meist nur kleine Besserungen. Hervorzuheben sind Phönix und Bismarckhütte, sowie Bochumer bei Steigerungen von etwa 3 Proz. Farbwerte profitierten von spekulativen Käufen, namentlich Akt.-Ges. für Anilinfabrikation, Badische Anilin und Elberfelder Farbwerke. Von Elektrizitätsaktien waren Schuckert mit einer Steigerung von etwa 6 Prozent bevorzugt. Das Hauptinteresse konzentrierte sich im späteren Verlaufe auf einzelne Spezialwerte, wie Daimler, Hirsch-Kupfer und Vereinigte Köln-Rottweiler. Daimler gewannen zirka 20 Proz., während bei den übrigen Werten die Steigerungen etwa 6 Proz. betrugen. Von Schiffahrtsaktien sind Hamburg-Südamerikanische mit einer Erhöhung von 5 Prozent, Lloyd mit einer solchen von mehr als 1 Prozent hervorzuheben. Der Anlagemarkt war wieder vernachlässigt und ohne nennenswerte Kursänderungen. Oesterreichische und ungarische Werte blieben geschäftslos. Die Tendenz der Börse blieb bis zum Schlusse fest. Bei den nur zu Einheitskursen gehandelten Werten ergaben sich, namentlich auf Provinzkäufe, wieder vielfach beträchtliche Steigerungen.

Devisenkurse.

Berlin 2. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorheriger Tag Geld	Vorheriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	,—	—,
Holland	100 fl.	899,00	901,00	899,00	901,00
Dänemark	100 Kr.	519 25	520,75	519,25	520,75
Schweden	100 Kr	589 25	590,75	.96,75	598,25
Norwegen	100 Kr.	544,25	545,75	554 25	5 5,75
Schweiz	100 Fr.	424,50	425,50	439 50	440 50
Wien, altes		30,95	31,05	30,95	31,05
Oesterreich, abgest.		32,95	33,05	32 45	32 55
Prag		79,65	79,85	79 65	79,85
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief — — für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 454,50 Brief 455,50 für 100 Pesetas
Helsingfors 112.25 112,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 2. Oktober. Am Produktenmarkt waren Haferzufuhren wieder sehr gering. Nach Hamburg wurden vom hiesigen Bestande sehr große Mengen zu sehr hohen Preisen verkauft. Viele Kaufleute hielten sich wegen der Transportschwierigkeiten und der Gefahr der Beschlagnahme vom Haferhandel zurück. Für spätere Verladung war die Kauflust weniger dringend, so daß sich das Aufgeld für nahes Material vergrößerte. Erbsen blieben unverändert sehr fest. Pferdebohnen waren lebhaft begehrt. Peluschken und Lupinen hatten regelmäßiges Geschäft. Serradella wurde trotz höherer Preisgebote verhältnismäßig wenig umgesetzt, weil es an inländischen Angeboten fehlte. Kleeheu wurde mit 25 Mark bezahlt; Wiesenheu stellte sich für ersten Schnitt auf 18, für den zweiten Schnitt auf 17½ Mark. Drahtgepreßtes Stroh war sehr fest.

Berlin, 2. Oktober. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Speicher frei Wagen 1250 bis 1290 Mk. Tendenz fest.

Vom Stahlwerksverband. Die Verbandsleitung hat beim Reichswirtschaftsministerium den Antrag gestellt, nunmehr ein Entscheidung hinsichtlich der Zukunft des Verbandes zu treffen. Der Antrag ist gestellt worden im Hinblick auf das Vorgehen der Rheinischen Stahlwerke, welche auch nach der von seiten des Reichswirtschaftsamts vorgenommenen zwangsweisen Verlängerung des Verbandes erklärte, ihm nicht mehr angehören zu wollen und in der letzten Zeit bereits mit freihändigem Verkauf von solchem Material vorgegangen sind, das im Stahlwerksverband syndiziert ist.

Zur Verschmelzung in der Glühlampenindustrie. Die Uebernahme der Glühlampenfabrik der Auergesellschaft durch die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft dürfte den Ausgangspunkt für einen weiteren Zusammenschluß der deutschen Glühlampenwerke bilden. Als solche kommt neben der Julius Pintsch Akt.-Ges. nur noch Siemens & Halske Akt.-Ges. in Frage; denn die Bergmann-Elektrizitäts-Werke sind als Lizenznehmerin nur mittelbar an den Glühlampenpatenten interessiert und die Wolfram-Lampen A.-G. in Augsburg ist bereits vor einiger Zeit an die Auergesellschaft übergegangen. Der eigentliche Wettbewerb ist somit jetzt von drei auf zwei Konkurrenten zusammengeschmolzen, und es ist eine naheliegende Frage, ob nunmehr zwischen diesen beiden Gegnern nicht auch eine Verständigung erzielt werden kann. Dabei ist zunächst an einen Ausbau des bisher nur ganz lose zusammenhängenden Glühlampenkartells zu denken. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit des Zusammengehens ist für beide Konzerne in erster Linie für den Weltmarkt geboten. Was für die Glühlampenindustrie im besonderen, das gilt auch für die gesamten übrigen Zweige der elektrischen Industrie im allgemeinen, wenngleich hier durch den Zentralverband der elektrischen Industrie schon die wesentliche Grundlage der Verständigung gegeben ist. Das erste Land, zu welchem übrigens in jüngster Zeit die Beziehungen der elektrischen Industrie wieder mit Erfolg aufgenommen worden sind und wo unseren deutschen Gesellschaften noch ein aussichtsreiches Feld der Neu- und Wiedereroberung winkt, ist Südamerika.

Nauendorf-Gerlebogker Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte die Jahresrechnung für 1918/19 und erteilte die Entlastung. Die Gesellschaft vereinnahmte in dem am 31. März 1919 beendeten Geschäftsjahre aus dem Betrieb insgesamt 154 459 (i. V. 103 636) Mark. Demgegenüber forderten Betriebsausgaben 137 119 (138 401) Mk., Anleihezinsen 1 682 (1745) Mk., Erneuerungsrücklage für 1917/18 9 689 Mk., Verlustvortrag aus 1917/18 1212 Mk., so daß ein Gewinn von 5921 Mk. verbleibt, der sich aber in einem Verlust von 6 730 Mk. umwandelt, da die vorgeschriebene Rücklage für den Erneuerungsfonds für 1918/19 12 615 Mk. beträgt. Infolge der seit dem 1. April 1918 eingeführten erhöhten Frachtsätze haben sich die Einnahmen gebessert.

Der Abschluß der Phönix-Akt.-Ges. In der Aufsichtsratssitzung der Phönix Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1918/19 vorgelegt. Danach ergibt sich ein Rohgewinn von 12 780 162 (i. V. 59 389 527) Mk. Hierbei sind schon berücksichtigt 36 593 254 Mk. für Zinsen und Kursverluste auf schwedische Kredite, zu deren teilweisen Deckung 24 804 473 Mk. aus den Kriegsrücklagen und der Rücklage für Kursverluste herangezogen worden ist. Nach Abzug von 10 139 650 (21 640 754) Mk. an ordentlichen Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 2 640 512 (37 748 773) Mk. Unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem Vorjahre von 9 088 661 (9 186 994) Mk. stehen somit 11 729 173 (46 935 767) Mk. zur Verfügung. Wenn dieses Ergebnis an sich auch die Zahlung einer befriedigenden Dividende nicht rechtfertigt, so hat die Verwaltung doch geglaubt, angesichts der gesunden inneren Lage der Gesellschaft der Generalversammlung die Ausschüttung von 8 (20) Proz. Dividende mit 8 480 000 (21 200 000) Mk. vorschlagen zu sollen. Nach Abzug der vertragsmäßigen Gewinnanteile des Vorstandes von 452 482 (1 382 580) Mk. verbleibt noch ein Restbetrag von 2 796 691 (9 088 661) Mk., der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Ein neuer Drahtseilverband. Der Drahtseil-Verband G. m. b. H. in Essen, dem in der Hauptsache nur die Hersteller von Keitenseilen angehören, läuft Ende dieses Jahres ab. Eine Erneuerung des Verbandes in seiner jetzigen Form kommt nicht in Frage, weil verschiedene große Werkgruppen wie Thyssen, Phönix, Krupp und der Stinnes-Konzern teils Verbandswerke ankaufen, teils neue Drahtseilfabriken errichten, um ihren Bedarf an Drahtseil selbst zu decken. Es sind erneut Bestrebungen im Gange, nach der Auflösung des bisherigen Drahtseilverbandes einen neuen Drahtseilverband für ganz Deutschland zu gründen, der alle Arten von Drahtseilen, insbesondere auch Schiffsseile usw., umfassen soll. Für diesen Verband kommen etwa 80 deutsche Firmen in Frage, während dem alten Verbande nicht mehr als 20 Firmen angehörten. Die Verhandlungen scheinen Erfolg zu versprechen.

Genehmigung der Zinkausfuhr. Wie wir erfahren, hat der Zinkhüttenverband die Genehmigung zur Ausfuhr von Zink nach England erhalten. Es sollen bereits 1500 To. Zink nach England ausgeführt worden sein.

Eine gescheiterte Fusion. In der Generalversammlung der Dresdener Preßhefe- und Kornspiritusfabrik wurde der Antrag, die Gesellschaft als Ganzes auf die Breslauer Spritfabrik Akt.-Ges. zu übertragen, abgelehnt. Maßgebend für die ablehnende Haltung, insbesondere der kleinen Aktionäre, ist der Umstand, daß die Bilanz nicht vorgelegt wurde. Auch schienen teilweise die Aktionäre ungenügend über den Wert der Breslauer Spritaktien, die ihnen zum Umtausch angeboten wurden, unterrichtet zu sein.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 30. Sept. Weizen: Sept. —, Okt. —, Dez. —, Mai —. Mais: Sept. 139, Okt. —, Dez. 124⅝, Mai 122½. Schmalz: Sept. 27,35, Okt. 27,30, Dez. —, Jan. 22,70. Pork: Sept. 34,75, Okt. 34,80, Dez. —, Jan. 33,25. Rippen: Sept. 18,85, Okt. 18,85, Dez. —, Jan. 18,10. Hafer: Sept. 67½, Okt. —, Dez. 69¾.

Newyork, 30. Sept. Winter- u. Sommerweizen: 237½. Mais loko: 159¾. Mehl: 9,00—10,00. Schmalz loko: 27,75. Zucker: —. Kaffee: 15⅛.

Berliner Börse

vom 2. Oktober 1919.
(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½ Dtsch.Schatzsch VI—IX	77,00
5% Dtsch. Reichsanl.	77,00
4% " "	72,30
3½% " "	66,90
3% " "	65,30
4% Preuß. Konsols.	72,80
3½% " "	65,90
3% " "	62,40
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	93,50
4% Sächs.Neulandsch Pfdbr.	—
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbr.	99,90
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbr. 1911	99,50
4½% Dess.Gas Oblig	—
4% DessauerGas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	32,80
4% Ungar. Goldrente	54,80
4% Ungar. Kronenrente	33,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	80,50
Halle-Hettstedter	
Schantungbahn	153,50
Allg. Lokal-Str.	128,00
Gr. Berl. Str.	121,00
Magdeburger Str.-B.	129,00
Prinz-Heinrich-B.	389,00
Orientbahn	289,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	118,00
Hambg. Südamerika	216,00
Hansa-Dampfschiff.	274,50
Nordd. Lloyd	121,84
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	155,00
Berl. Handelsges.	160,75
Commerz-Diskontobank	133,50
Darmstädter Bank	117,75
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	230,00
Diskonto-Comm.	172,50
Dresdner Bank	142,00
Leipzig Credit-Anst.	139,00
Mitteld. Kreditbank	122,00
Mitteld. Privatbank	122,75
Nationalbank	116,12
Oesterr. Kredit	100,50
Reichsbank	155,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	269,00
Akt. f. Anilin	308,50
Allgem. Elektr. Ges.	213,00
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	—
Annaberger Steingut	206,00
Badische Anilin	430,00
Bergmann Elekt. Akt.	171,00
Berl. Masch.-Bau	216,50
Bismarckhütte	234,00
Bochumer Gußstahl	191,25
Chem.-Fabr. Buckau	135,00
Chem. Griesheim	241,25
Chem. Heyden	269,75
Consolidation Schalk	293,00
Gröllwitzer Papierfbk	204,00
Daimler Motoren	241,50
Deutsche Luxemburg	164,25
Deutsche Uebersee Elektr.	318,00
Deutsche Erdöl	378,00
Deutsche Gasglühl.	485,00
Deutsche Kali	219,50
Deutsche Waffen u. Mun.	225,00
Donnersmarkhütte	223,00
Döring & Lehrmann	135,00
Dürkoppwerke	350,00
Elberfelder Farber.	370,00
Felten & Guilleaume	213,00
Gasmotoren Deutz	153,50
Gebhard & Co	—
Gebhard & König	160,00
Gelsenkirchen Berg	180,00
Glauziger-Zuckerfbk.	280,00
Hallesche Maschfbk.	—
Hann. Masch.	375,00
Harpener Berg	189,50
Hasper Eisen	175,00
Hirsch Kupfer	245,00
Höchster Farbw.	351,75
Hoesch Eisen u. Stahl	214,84
Hohenlohe-Werke	115,50
Humboldt Masch.	161,50
Ilse Bergbau	365,00
Kahla Porzellan	—
Kaliw. Aschersleben	196,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	171,00
Lahmeyer & Co.	129,75
Lauchhammer	189,00
Laurahütte	161,75
Linke & Hofmann	192,00
Ludwig Loewe & Co.	236,25
Lothringer Hütte	167,25
Mannesmannröhren	212,50
Masch.-Fabr. Buckau	163,00
Oberschl.Ei. e.b.-Bd.	144,00
do. Caro Hag.	163,00
do. Kokswerke	223,75
Orenstein & Koppel	192,75
Phönix Berg	200,25
Rhein. Metall-Vorz.	203,50
Rhein. Stahlwaren	164,84
Riebeck. Montan	225,50
Rombacher Hütten	160,00
Rositzer Braunk.	154,00
Rositzer Zucker	176,00
Sangerhäuser Masch.	273,00
Hugo Schneider A.-G.	198,00
Schuckert & Co.	146,00
Siemens & Halske	190,25
Stettiner Cham.	217,75
Stettiner Vulkan	182,00
Stollberger Zinkh	167,00
Strals. Spielkarten	256,50
Thale-Eisenhütte	268,50
Tripus Porzellan	199,50
Türk. Tabakregie	581,00
Ver. Köln-Rottweiler	210,00
Ver. Glanzstoff	607,00
Wegelin & Hübner	167,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	—
Wittener Gußstahl	229,50
Wrede Mälzerei	130,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	—
Zellstoff Waldhof	205,75
Otavi-Minen.	270,25

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191003013/fragment/page=0004